

Fristverlängerungen für den Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

Datum RR-Sitzung: 31. August 2016
Direktion: Erziehungsdirektion
Geschäftsnummer: 751230
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Erziehungsdirektion

M 152-2013 FDP (Schmidhauser, Bremgarten): Lohnnebenleistungen

Behandlung im Grossen Rat: 27. Januar 2014
Beschluss Grosser Rat: Ziffern 1 und 2: Annahme als Postulat

☒ Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2017

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die Anliegen werden geprüft und dem Grossen Rat im 2017 Bericht erstattet über die Ergebnisse des interkantonalen Vergleichs.



M 245-2013 Kipfer-Guggisberg (Stettlen, BDP): Fachbereich Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (mit Hauswirtschaft) in Lehrplan

Behandlung im Grossen Rat: 20. März 2014
Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

☒ Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2017

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die Frage der Lektionendotation des Fachbereichs wird in Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21 geprüft. Die Lektionentafel wird spätestens im Jahr 2017 festgelegt werden.

M 216-2013 LAGRev12 (Kropf, Bern): Lehreranstellungsbedingungen im interkantonalen Vergleich

Behandlung im Grossen Rat: 23. Januar 2014

Beschluss Grosser Rat: Annahme

☒ Fristverlängerung um ein Jahr, bis 2017

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die Anliegen werden geprüft und dem Grossen Rat im 2017 Bericht erstattet über die Ergebnisse des interkantonalen Vergleichs.

M 335-2013 Blaser (Steffisburg, SP): Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten

Behandlung im Grossen Rat: 11. Juni 2014

Beschluss Grosser Rat: Annahme als Postulat

☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2018

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die Erziehungsdirektion und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion erarbeiten zusammen mit der Organisation der Arbeitswelt Soziales Bern einen Vorschlag, der die Anliegen aufnimmt. Dieser Vorschlag soll dann in der Kantonalen Arbeitsmarktkommission (KAMKO, bestehend aus Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und Behörden) diskutiert werden.

M 091-2014 SP-JUSO-PSA (Marti, Bern): Ferienbetreuung für Schulkinder: Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton

Behandlung im Grossen Rat: 19. November 2014

Beschluss Grosser Rat: Ziffern 1 und 2: Annahme als Postulat
Ziffer 3: Annahme

☒ Fristverlängerung um zwei Jahre, bis 2018

Begründung und vorgesehene Realisierungsmassnahmen:

Die Anliegen müssen mit einer Gesetzesänderung umgesetzt werden. Diese kann dem Grossen Rat erst im 2018 vorgelegt werden.